

# Bündnis für ökonomische Bildung gegründet

30.12.2019

von



Meyer-Schwarzenberger,  
Matthias

## Schlagworte

Finanzbildung  
Gesellschaft  
ökonomische Bildung



Mehr als fünfzig Organisationen aus Schule, Wirtschaft und Wissenschaft haben sich zum Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland zusammengeschlossen. Auch der Bankenverband ist unter den Initiatoren. Am 29. November 2019 ist das Bündnis erstmals an die Öffentlichkeit getreten – mit einem Eckpunktepapier und vier konkreten Forderungen an alle Verantwortlichen der Bildungspolitik.



Der Befund ist nicht neu: „Viele Entscheidungen des alltäglichen Lebens, bei der politischen Meinungsbildung, in der betrieblichen Ausbildung ebenso wie im Studium erfordern Wirtschaftskennntnisse. [...] Zahlreiche Studien belegen jedoch, dass ökonomische Kennntnisse in weiten Teilen der Bevölkerung nicht vorhanden oder nur mangelhaft ausgeprägt sind.“

Es besteht Handlungsbedarf! Diese Kernaussage, verbunden mit vier konkreten Forderungen und der Bereitschaft zur Mitwirkung, eint die Unterzeichner des eingangs zitierten Eckpunktepapiers, mit dem das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland am 29. November 2019 erstmals an die Öffentlichkeit getreten ist.

Hervorgegangen ist der „ungewöhnliche Zusammenschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Lehrerverbänden“ (WirtschaftsWoche) aus mehreren Veranstaltungen und Expertenrunden zum geplanten Schulfach Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, zu denen der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte eingeladen hatte. Schnell stellte sich heraus, dass das Anliegen von zahlreichen Verbänden, Vereinen, Stiftungen und Akteuren der Bildungspolitik ebenso wie von Lehrkräften, Wissenschaftlern und Unternehmern geteilt wird.

„Wir brauchen Wirtschaft in der Schule, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern“, sagt zum Beispiel der bildungspolitische Sprecher und bisherige NRW-Vorsitzende des Verbandes Die Familienunternehmer, Thomas Rick, der viel zur politischen Dynamik rund um das Schulfach Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen beigetragen hat. Auch Kurt von Storch, Gründer und Stifter der Flossbach von Storch Stiftung, ist überzeugt: „Finanz- und Wirtschaftsbildung müssen einen höheren Stellenwert in Deutschland bekommen.“ Nina Lemmens, Vorstandsmitglied der Joachim Herz Stiftung, ergänzt: „Wer als Verbraucher mündig handeln, aber auch politische Entscheidungen einordnen möchte, braucht wirtschaftliche Urteilsfähigkeit.“

Pädagogen und Didaktiker sehen das genauso. „Allgemeinbildung heißt, sich in allen Lebensbereichen souverän bewegen zu können“ und dazu gehöre selbstverständlich auch das Wirtschaften, erklärt Professor Volker Bank, Vorsitzender des

Fachverbands Deutsche Gesellschaft für Ökonomische Bildung. Dass ökonomische Bildung „integraler Bestandteil der Allgemeinbildung an allen weiterführenden Schulen in Deutschland sein und werden muss“ bestätigt auch Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, der sich ebenso zu der Initiative bekennt wie der Verband Deutscher Realschullehrer und der Wirtschaftsphilologen-Verband Bayern.

## Vier Forderungen, ein Bündnis

Was muss aber konkret geschehen, um dem Handlungsbedarf im Bereich der ökonomischen Bildung gerecht zu werden? Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland, dem neben den erwähnten Organisationen zahlreiche Akteure wie Stiftungen, Führungskräfteverbände oder die Deutsche Börse AG angehören, hat vier Kernforderungen formuliert:

1. Ökonomische Bildung muss für alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland in hinreichendem Umfang und verpflichtend im Schulunterricht verankert werden.

Den dafür benötigten Raum würde ein eigenes Schulfach Wirtschaft bieten. Wo sich dies nicht umsetzen lässt, sollten mindestens 200 Stunden für ökonomische Inhalte in der Sekundarstufe I und eine feste Verankerung im Fächerkanon der gymnasialen Oberstufe gewährleistet sein.

2. Wirtschaftslehrkräfte müssen fachwissenschaftlich und wirtschaftsdidaktisch qualifiziert sein.

Auch und gerade solange „Wirtschaft“ kein eigenständiges Fach ist, stellt sich dringend die Frage nach der Aus- und Weiterbildung der benötigten Lehrkräfte. Im Falle von Doppelfächern wie „Wirtschaft-Politik“ sollte mindestens die Hälfte der im Lehramtsstudium verfügbaren Kreditpunkte für Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsdidaktik reserviert sein.

3. Schülerinnen und Schüler sollen Bezüge zur Arbeitswelt erleben können.

Praktika und Hospitationen in Unternehmen erlauben es, Wirtschaftsprozesse und Funktionen unternehmerischen Handelns kennenzulernen und einzuordnen. Das gilt nicht nur für Schülerinnen und Schüler. Auch die Lehrkräfte, die „Wirtschaft“ unterrichten, sollen die Möglichkeit erhalten, ihr Verständnis von ökonomischen Zusammenhängen praxisnah an konkreten Erfahrungen festzumachen.

4. Deutschland braucht eine nationale Strategie für ökonomische Bildung.

Noch immer kommt die ökonomische Bildung in fast allen Bundesländern an der Schule zu kurz. Das muss sich vor allem im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler ändern. Gleichzeitig liegt dies aber auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse: um populistischen Argumentationsmustern den Nährboden zu entziehen und natürlich auch um Deutschlands

Perspektiven als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort zu sichern.

## Von gesellschaftlichem Konsens getragen

Den Föderalismus und die Zuständigkeit der Länder für Bildung stellt das Bündnis nicht in Frage. Im Gegenteil: Die jüngsten Entwicklungen in Sachen „nationaler Bildungsrat“ haben gezeigt, dass ein zentrales bildungspolitisches Anliegen wie die Stärkung der ökonomischen Bildung von einem breiten, möglichst alle Ebenen umfassenden gesellschaftlichen Konsens getragen sein muss.

„Zur Mitwirkung stehen wir bereit“, lautet daher auch das Versprechen des Bündnisses Ökonomische Bildung Deutschland, dem sich seit seiner Gründung bereits weitere Organisationen als Mit-Initiatoren angeschlossen haben. Aktionstage und Dialogveranstaltungen, Fachgespräche und länderübergreifende Projekte sollen ins Leben gerufen werden, um das gesellschaftliche Bewusstsein für ökonomische Bildung zu schärfen und Gelegenheiten zum Austausch zu schaffen. Auch mit mehreren Ministerien haben die Bündnispartner schon Kontakt aufgenommen und sind auf offene Ohren gestoßen.

Die „Eckpunkte“ der Initiative, eine Möglichkeit zur Newsletter-Registrierung und weitere Informationen finden Sie [hier](#).